



Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz

Stellenabbau bei Takeda – wo bleibt die soziale Verantwortung?

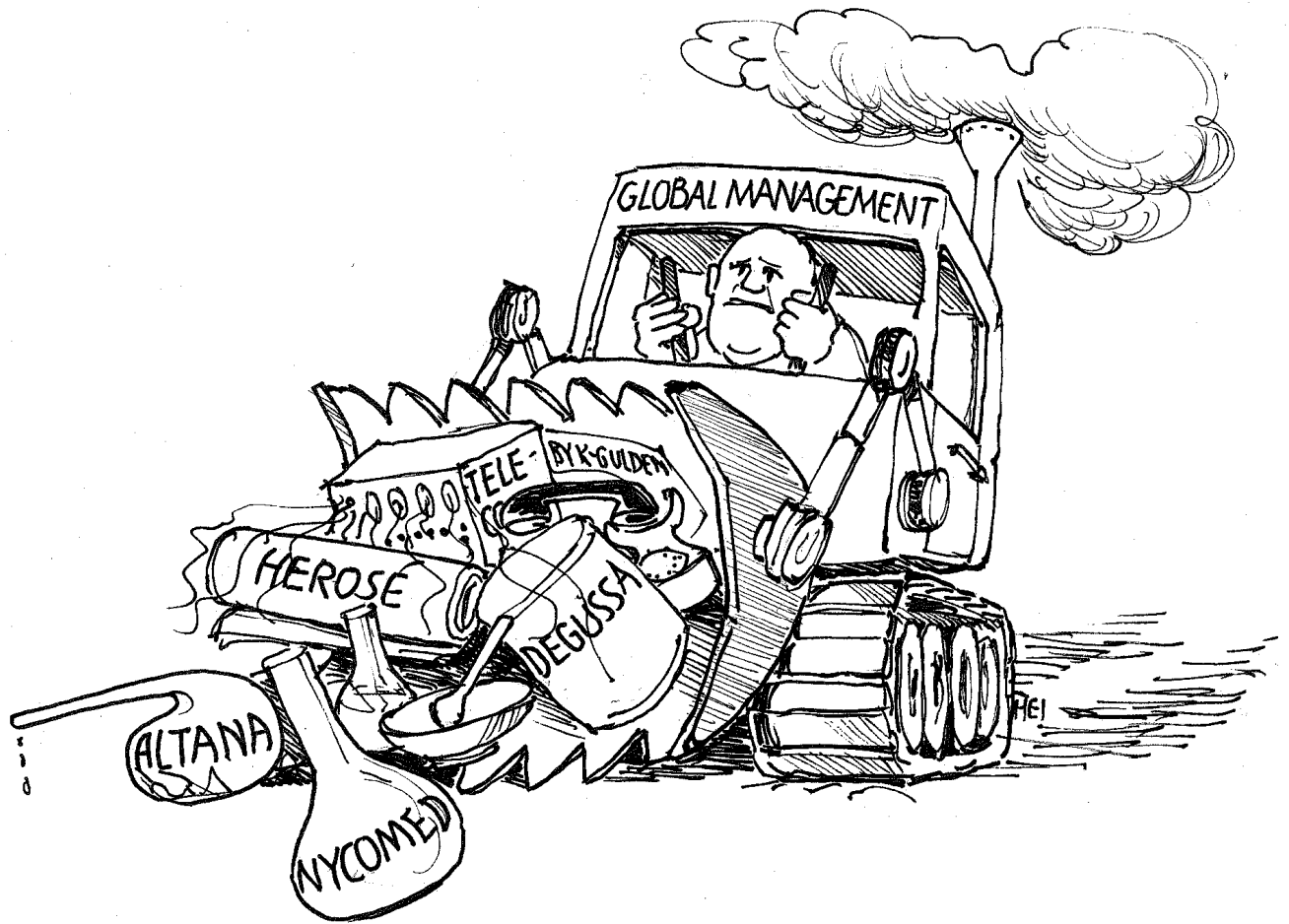
In der Pressemitteilung der Firmenleitung des japanischen Pharmakonzerns Takeda steht schwarz auf weiß, was viele bereits seit Wochen befürchtet haben: Die Konzernleitung wird in Konstanz 700 Arbeitsplätze abbauen. Die Konzernspitze ist offenbar der Auffassung, dass auf den Forschungsstandort Konstanz verzichtet werden kann, obwohl die hiesigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen Wertsteigerung des Unternehmens beigetragen haben.

Der Standort Konstanz bietet mit seinen zwei Hochschulen und der bestehenden Infrastruktur beste Rahmenbedingungen für einen Betrieb und seine MitarbeiterInnen. Leider hat der Pharmakonzern dies nicht in seine Erwägungen einbezogen – offenbar spielt kommunale Wirtschaftspolitik in der globalen Welt keinerlei Rolle mehr. Die Übernahme von Altanapharma durch Nycomed vor fünf Jahren hat große Wunden in der Stadt und ein großes Misstrauen gegenüber Großkonzernen hinterlassen. Noch bevor der Verlust der damals 800 Arbeitsplätze verwunden ist, kommt nun ein weiterer Kahlschlag hinzu, der den Standort Konstanz ein weiteres Mal schwächt.

Wieder einmal – wie bereits vor fünf Jahren – steht die Politik fassungslos da und muss machtlos anschauen, dass für global agierende Großkonzerne soziale Verantwortung ein Fremdwort ist. Kurzfristige Kapitalerträge bestimmen weitreichende Entscheidungen und nehmen auf Regionen und Menschen keine Rücksicht.

Dennoch muss die Politik die Forderung stellen: Wer Firmenanteile kauft, darf eben nicht nur Kapitalerträge einheimsen, sondern muss auch Verantwortung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen. Wer Eigentümer eines Betriebs ist, darf nicht nur kurzfristigem Profit entgegen streben, sondern trägt Verantwortung für die Region und für das Ansehen der Wirtschaft. Dieses Ansehen hat durch die Entscheidung von Takeda deutlich gelitten.

Charlotte Biskup



Die Gemeinschaftsschule geht an den Start – und Konstanz ist dabei!

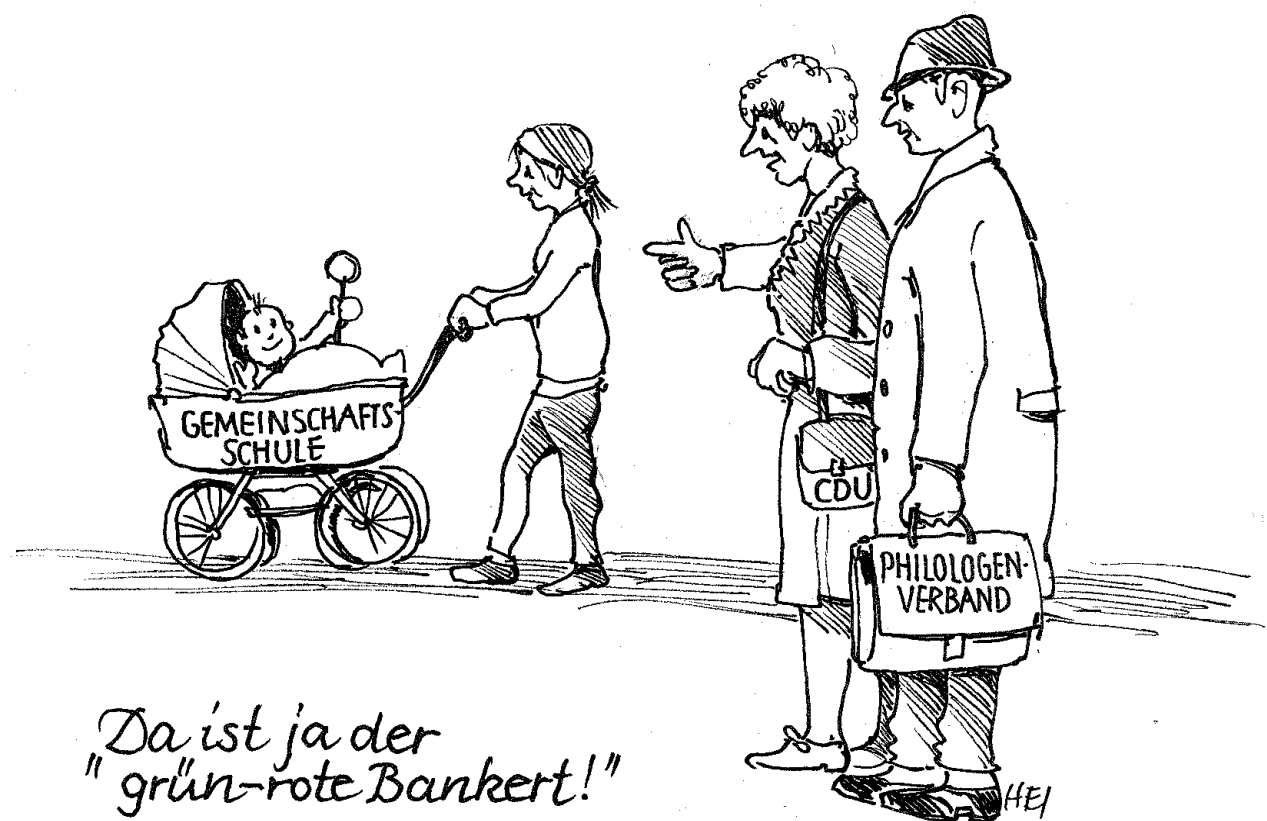
Zwar sind die Vorgaben der Landesregierung in Teilen noch etwas unkonkret, aber sicher ist trotzdem, dass die Gemeinschaftsschule als neue Bildungseinrichtung kommen wird. Die Gebhardschule in Konstanz hat bereits frühzeitig ihr Interesse an der neuen Schulform bekundet und steht nun auf der Liste der Starterschulen, welche zum kommenden Schuljahr 2012/2013 als Gemeinschaftsschulen starten dürfen.

Gemeinschaftsschule bedeutet, zusammen lernen bis zum Ende der 10. Klasse, egal welcher Schulabschluss angestrebt wird. Schülerinnen und Schüler, die gerne Abitur machen wollen, können übergangslos die 11. Klasse besuchen und nach 13 Schuljahren die allgemeine Hochschulreife ablegen.

Für die Stadt Konstanz ist die neue Gemeinschaftsschule eine Bereicherung, gibt sie doch den Kindern die Möglichkeit, nicht bereits nach der vierten Klasse einen „Schulweg fürs Leben“ eingehen zu müssen, sondern entsprechend der Neigungen und Fähigkeiten gefördert zu werden und den bestmöglichen Abschluss machen zu können. Selbstverständlich kann allein der Wegfall der frühen Selektion nicht das Bildungssystem retten, die individuelle Förderung der Kinder ist die wesentliche Herausforderung für die Gemeinschaftsschulen. Die Gebhardschule zeigt allerdings bereits seit Jahren, wie individuelle Lernförderung funktioniert – nun bekommt die Schule endlich einen Rahmen, in welchem sie sich weiterentwickeln kann.

Offen ist bis heute, wie genau das Raumkonzept der Gemeinschaftsschulen aussehen wird, offen ist auch noch, wie genau die Schule Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten einbeziehen kann. Dennoch hat die Stadt sich deutlich dafür ausgesprochen, dass die Gebhardschule den Weg zur Gemeinschaftsschule weiter verfolgt und die nötige Unterstützung zugesagt.

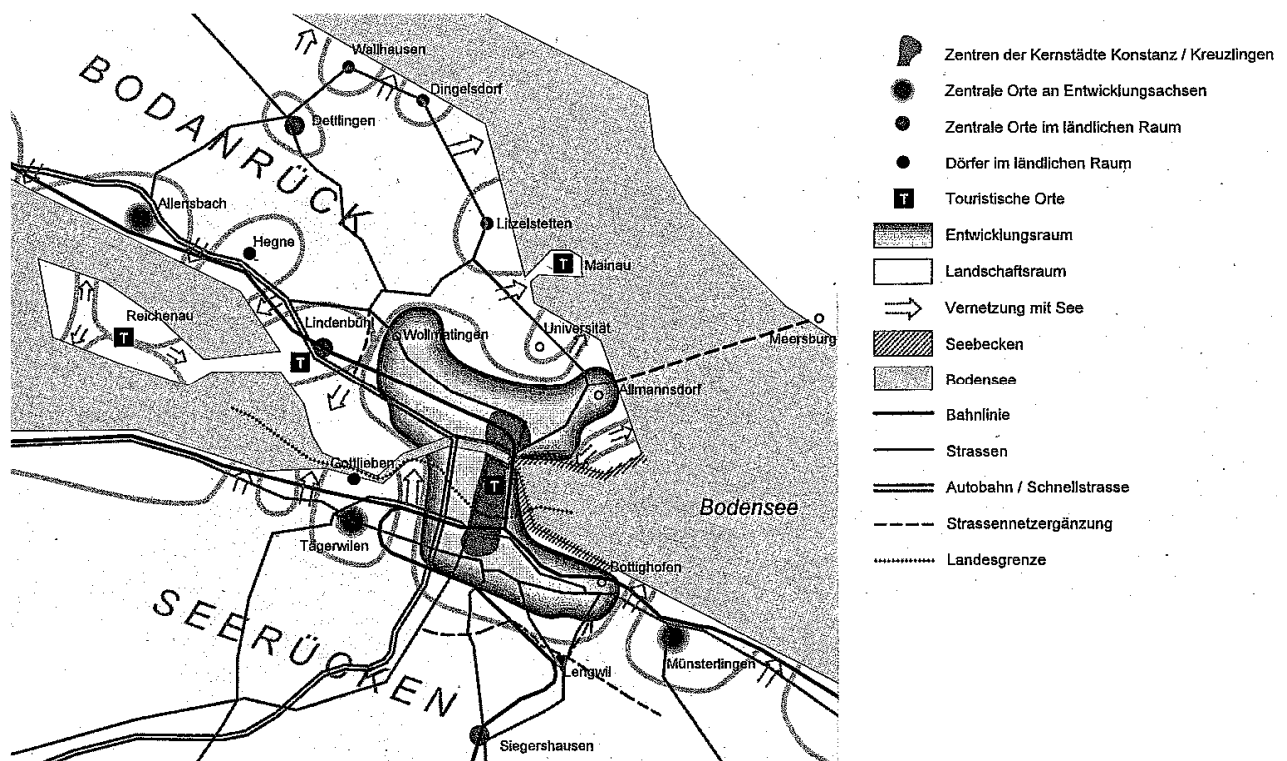
Charlotte Biskup



Agglomerationsprogramm Kreuzlingen-Konstanz Eine Chance für eine nachhaltige Entwicklung

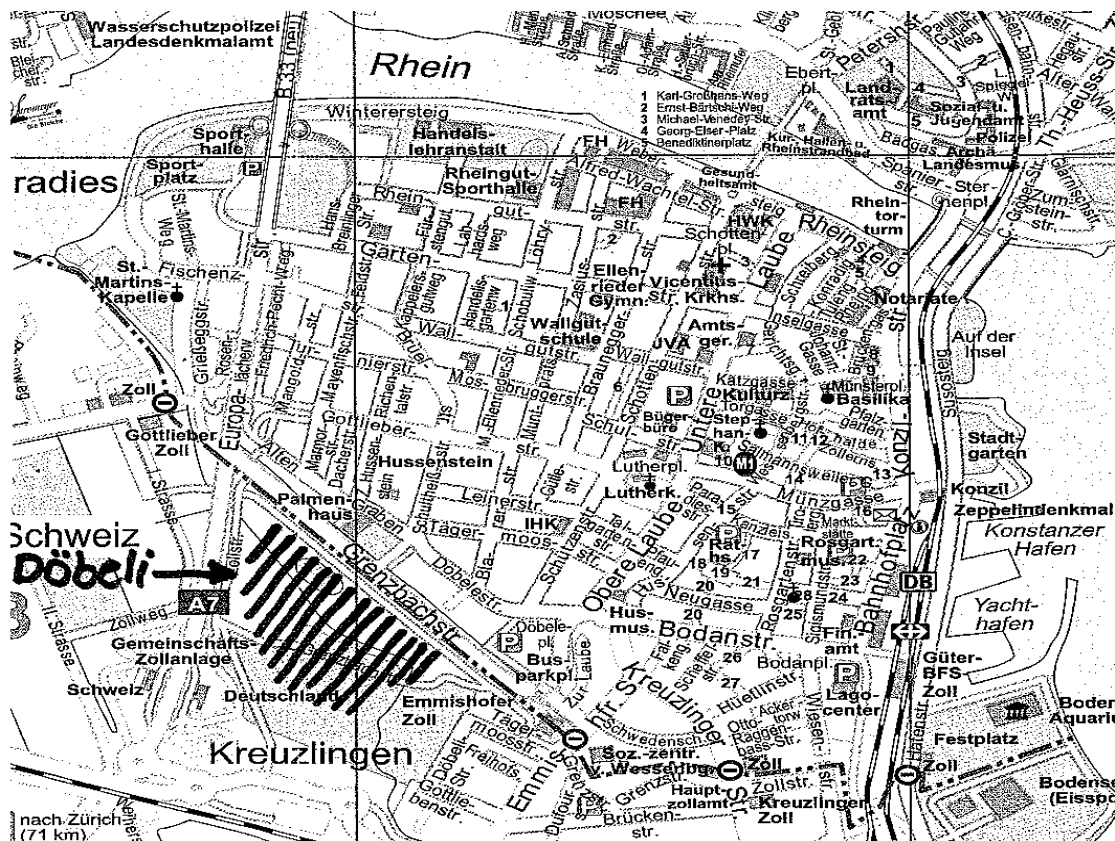
Im vergangenen Jahr stand das Thema „Agglomerationsprogramm Kreuzlingen-Konstanz“ mehrfach auf der Tagesordnung des Konstanzer Technischen und Umweltausschusses sowie des Konstanzer Gemeinderats.

Worum ging es? Das Agglo-Programm ist ein umfangreiches Planungswerk für die Städte Kreuzlingen und Konstanz und für die umliegenden Gemeinden, das heißt, für eine Region mit nahezu 130.000 Einwohnern/innen. Es ist der Versuch, die Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden in der Region zu verbessern und die örtlichen Planungen und Verkehrsprojekte auch grenzüberschreitend aufeinander abzustimmen. Auf der Basis dieses Planungswerkes soll die Zukunft der Region in den nächsten 20 Jahren gestaltet werden.



Die FGL hat sich in den Gremien intensiv, kritisch und konstruktiv, mit dem Planungswerk auseinandergesetzt. Sie hat verschiedene Änderungsvorschläge eingebracht, die erfreulicherweise auch auf Zustimmung stießen. Für die FGL waren folgende Anliegen besonders wichtig:

1. Die zukünftige Nutzung des Döbeli. Das Döbeli liegt unmittelbar neben dem Paradies südlich der Grenzbachstraße auf Schweizer Gebiet und wird im Osten von der Kreuzlinger Wohnbebauung und im Westen vom Zollhof und der N 7 begrenzt. Derzeit wird es als Kleingartengelände, als Sportplatz und als landwirtschaftliche Fläche genutzt. Die Kreuzlinger Seite hatte eine Umwandlung zu einer „hochwertigen Nutzung wie verdichtetes Wohnen, Dienstleistungen oder regionale Infrastruktur“ vorgesehen. In den Beratungen konnte erreicht werden, dass das Döbeli weiterhin für Erholung, Freizeit und Landschaft zur Verfügung steht. Geplant ist zudem, das Erholungsgebiet Döbeli mit einer Fußgänger- und Radbrücke über die Grenzbachstraße besser an das dicht bebaute Paradies anzubinden.



2. Zersiedlung stoppen. Eine weitere Herausforderung bestand darin, der ständig fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten und insbesondere das Seeufer von weiterer Bebauung freizuhalten. Deshalb war es wichtig, dass auch auf Thurgauer Seite klare Siedlungsbegrenzungslinien festgeschrieben wurden, um die letzten verbliebenen Grünzäsuren zwischen den Orten zu erhalten. Allerdings rechnen die Thurgauer Gemeinden nach wie vor mit einer erheblichen Bevölkerungszunahme, so soll z.B. die Bevölkerung von Kreuzlingen in den

nächsten zwei Jahrzehnten um 3.750 Einwohner/innen, das heißt um 19 % wachsen, die Bevölkerung von Tägerwilen gar um 21%. Es wird nicht einfach sein, angesichts dieser Wachstumsperspektiven den Landschaftsverbrauch einzudämmen. Umso wichtiger sind Siedlungsbegrenzungslinien. Verdichtung soll fortan nur noch in den Zentren stattfinden und nicht an die Siedlungsränder verlagert werden. Auf Konstanzer Seite wurde übrigens die wertvolle Grünvernetzung, die vom Bodanrück über den Hockgraben und dem Lorettowald bis zum Bodenseeufer reicht, als langfristig freizuhaltender Grünzug erneut festgeschrieben.

3. Den motorisierten Individualverkehr begrenzen, den Langsamverkehr fördern. Erfreulicherweise finden sich im Agglo-Programm zahlreiche Bekenntnisse zu einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik. Hier einige der zentralen Aussagen: vorrangige Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel zu Lasten des MIV, Beschränkung der Anzahl der Stellplätze um den MIV zu reduzieren, weiterer Ausbau der grenzüberschreitenden ÖPNV-Angebote, grenzüberschreitender Tarifverbund, Aufbau eines dynamischen Fahrgastinformationssystems, Förderung des Langsamverkehrs durch ein attraktives Fuß- und Radwegenetz. Auf Antrag der FGL wurde auch der Bahnhofsternplatz in das Agglo-Programm aufgenommen als ein für alle Bewohner/innen der Region zentraler Umsteigeknoten.

Der unlängst verabschiedete Schlussbericht des Agglo-Programms wird nun den Schweizer Bundesbehörden zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt, was etwa ein Jahr in Anspruch nehmen wird. Wenn das Agglo-Programm genehmigt wird, besteht die Chance, dass mittels der dann zur Verfügung stehenden Fördermittel

notwendige ÖPNV-Projekte endlich realisiert werden können, wie z.B. der oben erwähnte Bahnhofsternplatz ebenso wie der angestrebte ¼-Stunden-Takt auf einer Agglo-S-Bahn Singen-Konstanz-Münsterlingen. Wenn das Agglo-Programm nicht in Schubladen verschwindet, sondern ein hohes Maß an Verbindlichkeit erhält, besteht die Chance, dass die Planungen über die Grenzen hinweg besser abgestimmt werden und die Siedlungs- und Verkehrspolitik in unserer Region stärker als bisher am ökologischen Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet wird. Das Agglo-Programm könnte somit zum Schutz unserer gewachsenen Kulturlandschaft beitragen.

Werner Allweiss

Mein persönliches Blitzlicht auf die Klinik Holding

In der Haushaltsdebatte des Kreistages am 24.1.2012 wurde überraschend auch die Klinik Holding ins Spiel gebracht.

Ansinnen der CDU war es, der Holding weitere 2 Millionen € für Investitionen bereitzustellen und so den Willen des Kreistages zu bekräftigen, dass ihm an der Holding gelegen ist.

Ich habe, wie die deutliche Mehrheit im Kreistag dagegen gestimmt. Der Kreistag hat sich schon im November 2011 nach intensiver Beratung sehr deutlich zur Holding-Lösung bekannt.

Die vorlegten Gutachten und Prognosen zur Zukunft der Medizinischen Versorgung im Kreis

haben mich überzeugt. Auch im Konstanzer Gemeinderat haben wir das Thema intensiv diskutiert, es gab kritische Fragen und Anmerkungen. Im Ergebnis waren wir uns dann auch hier einig, den vorgeschlagenen Weg zu gehen.

Im Kreistag war von Atmosphäre und vertrauensbildenden Maßnahmen in Richtung kritischer Gemeinderäte in Singen die Rede. Deshalb sollte der Kreistag die 2 Millionen € bereitstellen.

Mich irritieren die Signale, die aus Teilen des Singener Gemeinderates kommen schon. Statt frühzeitig klar und deutlich zu sagen, wo noch Bedenken und Fragen sind, läuft es tröpfchenweise, wird zuerst die Unternehmensbewertung im Rahmen der Due Dilligence in Frage gestellt, dann die Anteile des Kreises in der Holding und nun mehr Eigenkapital für die Holding gefordert.

Ich habe den Eindruck, dass sich einige davor fürchten, eine Entscheidung zu treffen und dann auch zu dieser zu stehen. Immer neue Baustellen werden aufgemacht oder Forderungen gestellt.

Andere sollen den Schwarzen Peter bekommen und die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Kreisholding tragen.

Der Kreistag ist nicht auf dieses Spiel eingegangen, er hat sich klar für die Holding ausgesprochen und den Beschluss vom November 2011 bekräftigt.



Fusionsharmonie

Protokoll der Jahreshauptversammlung der FGL vom 09.11.2011 im Hotel Barbarossa (gekürzte Fassung)

Anwesende: 29 Mitglieder (das 30. Mitglied kam erst um 21.30 Uhr), 4 Gäste (siehe Anwesenheitsliste)

Protokollantin: Dagmar Krug

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Infos, Bestimmung der Protokollantin
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Tätigkeitsbericht des Vorstandes, Aussprache
4. Bericht des Kassierers
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Kassierers und des Vorstandes
7. Wahl des Wahlleiters zur Vorstandsneuwahl
8. Wahl des Vorstandes
9. Neuwahl der KassenprüferInnen
10. Bericht der Fraktion
11. Verschiedene
12. OB Wahl 2012

Zu Top 1 bis 9 (Zusammenfassung):

Karin Göttlich schilderte kurz die vielfältigen Aktivitäten des FGL-Vorstands im Jahr 2010, von der Teilnahme am Runden Tisch Asyl bis zur Veranstaltung zum 25. Jahrestag von Tschernobyl. Aktuell unterstützt die FGL die Aktionen zum Ausstieg aus Stuttgart 21.

Der Kassenbericht brachte keine Überraschungen (siehe Kassenbericht). Das Vermögen der FGL belief sich 2010 auf 26.623,39 €. Davon sind 12.290,73 € auf einem Tagesgeldkonto fest angelegt. Nach Schätzung des Kassierers wird sich das Vermögen im Jahr 2011 auf ca. 28.000 € belaufen. Damit ist die FGL auch für den nächsten Wahlkampf finanziell gerüstet.

Kassenprüfer Peter Müller-Neff erklärte auch im Namen von Kassenprüferin Gisela Kusche, dass es keinerlei Unregelmäßigkeiten gegeben habe und die Kasse übersichtlich, klar und einwandfrei geführt worden sei. Der Vorstand und der Kassierer wurden einstimmig entlastet.

Bärbel Köhler leitete nun die Vorstandswahl. Normen Küttner und Hans Weinbacher kandidierten nicht mehr aber als neuer Kandidat meldete sich Markus Breuer, der erst vor kurzem aus der Schweiz nach Konstanz gezogen ist. Karin Göttlich, Christoph Krüßmann, Stefan Röpcke und Patrik Freytag kandidierten wieder. Nach der Darstellung ihrer Schwerpunkte wählten die Mitglieder schriftlich und geheim folgendermaßen:

Patrik Freytag wurde mit wählt,	29 Stimmen zum Kassierer wiederge-
Karin Göttlich erhielt	26 Stimmen,
Christoph Krüßmann kam auf	23 Stimmen,
Stefan Röpcke auf	22 Stimmen und
Markus Breuer auf	21 Stimmen.

Alle Kandidaten und die Kandidatin wurden also als neue Vorstandsmitglieder gewählt und nahmen die Wahl an.

Als Kassenprüfer wurden Gisela Kusche (in Abwesenheit) und Robert Straub per Handzeichen gewählt.

Zu Top 10 bis 12(Zusammenfassung):

Den Bericht der Fraktion hielt die derzeitige Sprecherin Christiane Kreitmeier, die das Amt von Till Seiler in diesem Jahr übernommen hatte. Sie lud die Mitglieder ein, doch zu den öffentlichen Fraktionssitzungen zu kommen und dort auch ihre Meinung zu äußern. Als Themen für ihren Bericht nannte sie die Themen, die die Fraktion in letzter Zeit am meisten bewegt hatten, die Zukunft des Krankenhauses und die Schulentwicklung.

Ziel unserer Politik beim Krankenhaus ist die Kreisklinikholding (KKH). Nachdem formal in der Stiftung alles geklärt ist, ist jetzt die Einigung mit Singen der nächste Schritt. Dazu wird in der nächsten Woche über die Unternehmensbewertung informiert. Im nächsten Jahr soll die KKH ohne Festschreibung von Pfründen verwirklicht werden. Zum Thema Entlassung von Prof. Müller-Esch und, wie die FGL mit dem Urteil des Arbeitsgerichtes umgeht, sagte Christiane, dass man die Begründung abwarten werde, schauen, was an Kosten auf die Stadt zukäme, und dann eventuell in die nächste Instanz gehen werde.

Zu diesem Punkt gab es eine kontroverse Diskussion, Zweifel an der Notwendigkeit der Entlassung Prof. Müller-Eschs, Kritik an der z.T. uneinheitlichen Haltung der Fraktion und etliche sachbezogene Nachfragen der Mitglieder. Christiane beendete die Diskussion mit dem Versprechen, die Anregungen sowohl bei den Ausschussberatungen als auch in den Fraktionssitzungen zu berücksichtigen.

Zum Thema Schulentwicklung bemerkte sie, dass die Fraktion sich einig sei und die Gebhardschule schon sehr weit mit ihrem Konzept einer Gemeinschaftsschule sei, was von der Fraktion unterstützt werde.

Es gab auch noch verschiedene andere Themen und Nachfragen der Mitglieder an die Fraktion (siehe ausführliches Protokoll).

Karin Göttlich berichtete, dass die FGL eine Findungskommission zur Kandidatensuche für die Oberbürgermeisterwahl bilden wolle. Für die Fraktion werden

Werner Allweiss und Charlotte Dreßen als Vertreterin teilnehmen, der Vorstand wird durch Karin Göttlich und Christoph Krüßmann als Vertreter repräsentiert. Zwei Mitglieder sollten ebenfalls dabei sein, deshalb wurden per Handzeichen einstimmig (keine Gegenstimmen, keine Enthaltung) Marco Walter und Peter Köhler als Vertreter der FGL-Mitglieder gewählt. Einstimmig wurde auch der Antrag angenommen, dass Bündnis 90/Die Grünen zwei Vertreter in die Findungskommission entsenden (Diese Personen sind noch nicht bekannt). Ein Zeitplan ist noch nicht aufgestellt, aber die Kommission wird die FGL von Zeit zu Zeit über die Entwicklung informieren.

Marco Walter fragte dann die anwesenden Mitglieder nach ihren Wünschen zu den Anforderungen an einen grünen OB-Kandidaten und schrieb folgende Wünsche auf:

- Kompatibilität mit dem Wahlprogramm der FGL (Bärbel)
- Favorisierung des öffentlichen Nahverkehrs , Verwaltungserfahrung, Führungsqualität(Roland)
- Breite Akzeptanz, Mehrheitsfähigkeit, soziale Kompetenz, überzeugende Persönlichkeit (Patrik Brauns)
- Energiewende und ökologische Kompetenz (Anne)
- Bürgernähe, Bereitschaft zur Transparenz (Hans)
- Ausgewiesener Verkehrspolitiker, um Verkehrskonzept zu verbessern (Günter)
- Familienfreundlichkeit (Stefan)
- Als grüne Gallionsfigur bereit sein, den grünen Zielen zu „dienen“ (Nils)
- Kompetente Frau (Peter Müller-Neff)
- „Gender“- Kompetenz bei der Verteilung zwischen Männern und Frauen

Mit diesem ersten „brainstorming“ soll die Findungskommission jetzt ihre Arbeit aufnehmen.

Zum Schluss bedankte sich Karin bei allen für ihre aktive Mitarbeit und Teilnahme an diesem Abend.

Dagmar Krug

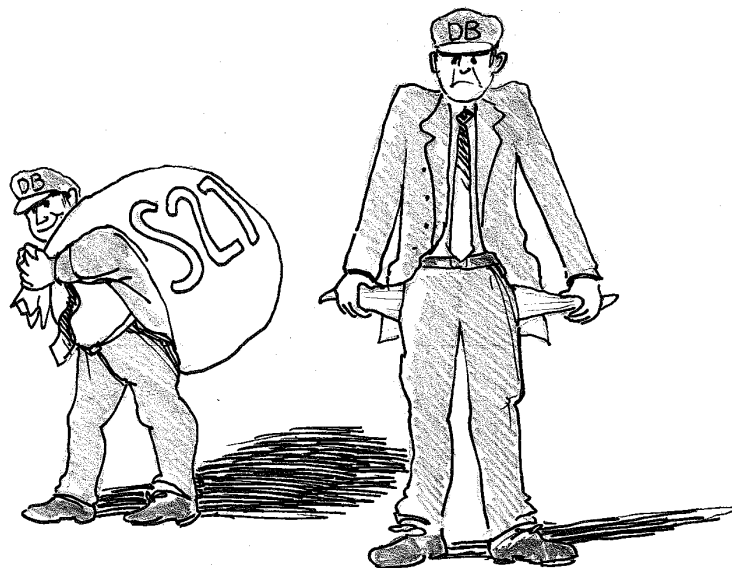
Stuttgart – Konstanz

Das Volk hat entschieden, und als gute Demokraten respektieren wir zähneknirschend das Ergebnis. Stuttgart 21 wird gebaut. Die Hoffnung der S 21-Befürworter, dass nun gleichzeitig Mittel für Gäubahn, Südbahn und Hochrheinbahn fließen werden, darf allerdings bezweifelt werden. Jedenfalls sind die Konstanzer Erfahrungen mit der Bundesbahn eher deprimierend:

- „Für das Bahnhofsmodernisierungsprogramm“ würde nur Geld für zwei Aufzüge an der bestehende Unterführung zur Verfügung stehen. Wenn die Stadt mehr will – etwa einen Ersatz des bestehenden Mausellochs durch eine zeitgemäße Unterführung bis zum See – soll sie gefälligst selbst zahlen.
- Den neuen Haltepunkt Fürstenberg musste die Stadt vorfinanzieren.
- Das Anheben der Bahnsteige entlang der Seehasstrecke will die Bahn zwar planen, die Planungs- und Baukosten jedoch sollen das Land und die Kommunen übernehmen.
- Der mit großem Tamtam angekündigte zweigleisige Ausbau der Gäubahn erfolgt keineswegs durchgängig, sondern nur stückweise. Auch dabei werden die betroffenen Gemeinden bei der Planung zur Kasse gebeten.

Die Kosten für die genannten Bauten und Projekte sind ja Peanuts im Verhältnis zu den Kosten für Stuttgart 21. Die seit Jahrzehnten betriebene Vernachlässigung der Fläche ist nach wie vor Bundesbahnpolitik, obwohl viele kleine Maßnahmen für Sanierung und Ausbau wesentlich wirksamer wären als fragwürdige Großprojekte.

Manfred Heier

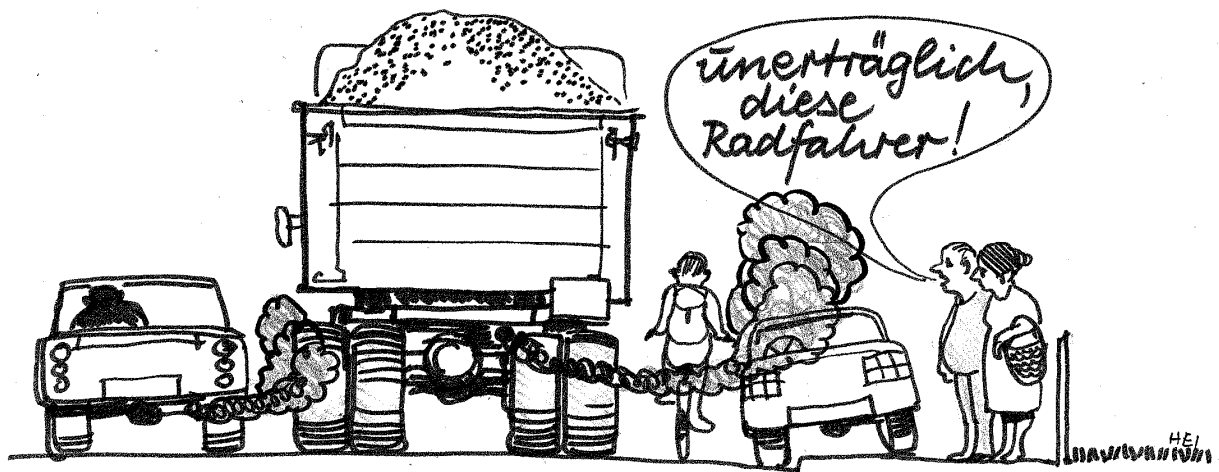


Der Verkehrsraum in der Stadt darf nicht ausgeweitet werden

Für radelnde Konstanzer ist unsere Stadt einigermaßen attraktiv. Ja, es gibt ein paar Lücken, wie in der Konzilstraße zum Beispiel, wo der Radweg am Fischmarkt endet. Aber komischerweise fallen solche Stellen von der Unfallstatistik her kaum ins Gewicht. Unter Verkehrswissenschaftlern hat sich ohnehin die Erkenntnis durchgesetzt, dass es innerorts gar nicht unbedingt überall gesondert ausgewiesene Radwege geben muss.

Bei der angedachten Verkehrsberuhigung für Wollmatingen sollen die Radfahrer auch auf der Fahrbahn fahren, eventuell mit gemalten Furten am Fahrbahnrand. Für Menschen, denen man jahrelang gepredigt hat, es müsse für die optimale Radfahrpolitik auch grundsätzlich immer eigene Radwege geben, die biteschön getrennt vom Autoverkehr zu führen sind, kommt diese neue Sicht der Dinge möglicherweise etwas überraschend.

Das hängt damit zusammen, dass die Planer der Vergangenheit (von denen heute immer noch etliche in Amt und Würden sind, wohl auch in Konstanz) den Autoverkehr so hindernisfrei wie möglich gestalten wollten. Deshalb hat man zunächst den Radlern auch in der Stadt verboten, nebeneinander zu fahren. Deshalb war jeder neue Radweg neben den Straßen willkommen, weil dann die Autos viel besser vorankommen konnten.



Aber welche Situation treffen wir denn in einer Stadt wie Konstanz an? Der Verkehrsraum ist endlich. Ihm weitere Flächen zuzuschlagen, wäre der falsche Weg, weil er das gewachsene Stadtbild weiter zerstört. Schon heute sind Verkehrsflächen, wie beispielsweise der Rheinsteig oder auch der Sternenplatz einfach nur hässliche Autoverkehrswüsten. Also kann es nur darum gehen, den vorhandenen Verkehrsraum anders aufzuteilen: In den Zentren (Altstadt, Wollmatingen, Allmannsdorf, Zähringerplatz sowie in Ortsmitten von Litzelstetten, Dingelsdorf und Dettingen) brauchen als erstes die Fußgänger (wieder) mehr Platz. Auf allen innerstädtischen Straßen, beispielsweise auch im Altstadtring, sollten Radfahrer das Normalste der Welt sein, was nichts anderes heißt, als dass die Autos ein bisschen weniger Platz für sich beanspruchen können.

Auch das ist ungewohnt: Man radelt da nicht so gerne, man fühlt sich unsicher. Aber die gefühlte Unsicherheit geht nicht einher mit einer tatsächlichen Gefährdung. Wenn, wie geplant, Tempo 30 auf dem Altstadtring gelten soll, dann spricht ohnehin gar nichts mehr dagegen, dass man als Radfahrer auch die Laube und den Rheinsteig in beiden Richtungen benutzt.

Radfahrpolitik darf daher keine Ghetto-Politik sein: Dieser Gefahr unterliegt das bislang vor allem durch lange Labereien ohne Ergebnisse gekennzeichnete Gremium AK-Rad, der sogenannte Arbeitskreis Radverkehr. Ich bin Mitglied dieses Gremiums und mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass dieses Gremium so manchem Stadtrat oder auch Verwaltungsmitarbeiter eine elegante Möglichkeit bietet, lästige Radfragen aus dem Technischen und Umweltausschuss rauszuhalten. Wieso gibt's keinen AK-Fußgänger, AK-Auto, AK-Rollator oder AK-Bobbycar?

Verkehrspolitik befasst sich mit der Frage, wie man in der Stadt möglichst problemlos von A nach B kommt. Wenn ein Weg am besten mit dem Rad zurückgelegt werden kann, hat sich die Verkehrspolitik eben danach auszurichten. Konsequenterweise weiter gedacht heißt das, es gibt keine Radverkehrspolitik, es gibt nur eine gute Verkehrspolitik, die die Radfahrer immer auf dem Schirm hat. Wie die Fußgänger, den Stadtbus und natürlich schon auch die Autos.

Roland Wallisch

In einer Stellungnahme zu „**pro und contra**“ in der Oktoberausgabe des Subkuriers widerspricht Robert Straub dem „contra“-Schreiber Manfred Heier. Er schreibt:“ Provokant ausgedrückt, wird von vielen oft eine Selbstbeschränkung als Selbstverstümmelung gesehen. Vor allem von jenen, die sinnvoll mit ihren Gaben umgehen...”

Robert stimmt mit Stefan Röpcke Argumenten weitgehend überein und führt als Kurzfassung das Verkehrskonzept der Initiative „Nachhaltige Mobilität“ wie folgt auf: „...

- Förderung des Umweltverbundes.
- Förderung von stadtverträglichen Kurzstreckenfahrzeugen.
 - Dies sind Niedergeschwindigkeitsfahrzeuge, die i.d.R. bis zu 60 km schnell sind und mit dem Langsamverkehr verträglich sind. Sie sollen klein und kompakt, praktisch, vielseitig und schön, leise und leicht, sparsam und kostengünstig sein und geeignet für einfache Wegstrecken bis zu 15 km.
- Mit diesen motorisierten Kurzstreckenfahrzeugen soll die Angebots- und Nachfragerücke zwischen dem Fahrrad und dem Auto geschlossen werden.
- Diese Kurzstreckenfahrzeuge sollen von der Bahn, dem Schiff oder anderen Transportern mitgenommen werden, wenn diese entfernteren Orts wieder eingesetzt werden sollen.
- Neuordnung des Straßenverkehrs/Wegenetzes in Ortschaften.
- Unterteilung des MIV, der mit dem Langsamverkehr verträglich ist, und dem notwendigen herkömmlichen MIV...”

Robert Straub/Initiative „Nachhaltige Mobilität“

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier

MITGLIEDSANTRAG

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei der Freien Grünen Liste Konstanz.
Meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag von (bitte ankreuzen)

- Euro.....(Wenig, ich habe z.Zt. kein großes Einkommen, Betrag freigestellt)
- Euro 30.-.....(Regelbeitrag)
- Euro 40.-.....(Förderbeitrag)
- Euro.....(Ich möchte mehr bezahlen)

überweise ich (Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nr. 75598) oder erteile eine Einzugsermächtigung.

Name.....Vorname.....

Adresse.....

Tel. Nr.....E-Mail.....

Ort, Datum

Unterschrift

.....

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Freie Grüne Liste Konstanz zum jährlichen Einzug von

Euro.....von meinem Konto Nr.....bei der

Bank.....BLZ.....
per Lastschriftverfahren.

Datum.....Unterschrift.....



Wirtschaftspolitik – verständlich erklärt anhand von zwei Kühen

Amerikanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe.

Sie verkaufen eine und leasen sie zurück. Sie gründen eine Aktiengesellschaft. Sie zwingen die beiden Kühe, das Vierfache an Milch zu geben. Sie wundern sich, als eine tot umfällt. Sie geben eine Presseerklärung heraus, in der Sie erklären, Sie hätten Ihre Kosten um 50% gesenkt. Ihre Aktien steigen.

Französisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Sie streiken, weil Sie drei Kühe haben wollen. Sie gehen Mittagessen. Das Leben ist schön.

Japanisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik erreichen Sie, dass die Tiere auf ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe reduziert werden und das Zwanzigfache an Milch geben. Jetzt kreieren Sie einen cleveren Kuh-Cartoon, nennen ihn Kuhkimon und vermarkten ihn weltweit.

Deutsches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik werden die Tiere re-designed, so dass sie alle blond sind, eine Menge Bier saufen, Milch von höchster Qualität geben und 160 km/h laufen können. Leider fordern die Kühe 13 Wochen Urlaub im Jahr.

Britisches Unternehmen.

Sie besitzen zwei Kühe. Beide sind wahnsinnig.

Italienisches Unternehmen

Sie besitzen zwei Kühe, aber Sie wissen nicht, wo sie sind. Während Sie sie suchen, sehen Sie eine schöne Frau. Sie machen Mittagspause. Das Leben ist schön.

Polnisches Unternehmen

Ihre beiden Kühe wurden letzte Woche gestohlen.